Nummer 102 — Halle, Sonnabend, den 2. Mai 1925 — 60. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.50 Goldmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.35 Goldmark u. 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus: Neue Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halle/Saale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat in einem gestern beim Reichswahlleiter eingegangenen offiziellen Schreiben vom 29. April erklärt, daß er bereit sei, die Wahl anzunehmen.

*

In seiner gestern erwähnten Rede vor dem Industrie- und Handelstag hat der Reichskanzler Dr. Luther sich sehr bestimmt dahin geäußert, daß die bisherige Außenpolitik durchaus fortgesetzt werde. Diese Erklärung hat überall im Ausland, besonders in England und Amerika, großen Beifall gefunden, zumal Dr. Luther sie auf Grund seiner vorhergehenden Aussprache mit Hindenburg abgegeben hat.

*

Wie die „Fränkische Tagespost" mitteilt, sollen aus Anlaß des Ausgangs der Reichspräsidentenwahl von Kreisen des Reichsblocks in Nürnberg bereits Unterschriften für einen Volksentscheid über die Wiedereinführung der alten Reichsfarben gesammelt werden.

*

In der Sitzung der demokratischen Fraktion in Berlin wurde gestern mitgeteilt, daß Reichskanzler Luther bisher nicht an die Partei wegen einer Regierungserweiterung herangetreten sei und daß für die Partei auch kein Anlaß vorliege, von ihrer politischen Stellungnahme im Reich und Preußen abzuweichen.

*

Seitens der kommunistischen Berliner Betriebsräte wird eine Generalstreikparole für den Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, wie Prolath in der Betriebsrätesitzung am Mittwoch mitteilte, nicht ausgegeben.

*

Der Berliner Magistrat hat beschlossen, am Tage der Vereidigung des Reichspräsidenten v. Hindenburg die öffentlichen Gebäude in den Farben des Reiches und des Freistaates Preußen zu beflaggen. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Magistrats stimmten nicht gegen den Antrag.

*

In der Zeit vom 1. bis 15. April hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 466 000 auf 394 000, d. h. um rund 15 Prozent vermindert. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 427 000 auf 359 000, die der weiblichen von 38 000 auf 35 000 gesenkt. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 661 000 auf 553 000 zurückgegangen. Die günstige Entwicklung entspricht der Jahreszeit.

*

Infolge starken in- und ausländischen Besuches ist die Reichsreklamemesse im Funkhause am Kurfürstendamm bis zum 7. Mai verlängert worden.

*

Die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt hat in ihrer Sitzung vom 29. April eine Entscheidung über die Frage der Ausgestaltung des Oberrheins getroffen, die im wesentlichen gegen die französischen Raubpläne und zugunsten des Schweizer Projekts lautet, aber immerhin so bedeutlich für uns ist, daß die deutsche Delegation sich der Abstimmung enthalten hat. Die Endentscheidung fällt voraussichtlich im Oktober.

*

Das Pariser Journal meldet, daß eine abermalige Stockung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen eingetreten ist. Das neue Kabinett Painlevé habe sich auf den Boden der Vorbehalte für einen Teil der elsässischen Ausfuhr nach Deutschland gestellt. Die nächste Sitzung der Delegationen ist am Montag.

*

Sir Robert Edwards vom englischen Luftschiffamt hatte gestern nachmittag eine mehrstündige Besprechung im Reichsverkehrsministerium. Der Besuch Sir Edwards in Berlin gilt, wie die Londoner „Times" am Mittwoch melden, der Schaffung eines ständigen Luftverkehrs zwischen Großbritannien und Deutschland und einer internationalen Luftverbindung England—Konstantinopel über Hamburg—Berlin—Breslau.

*

Ueber die beiden ersten Sitzungen der Botschafterkonferenz meldet Havas, daß zunächst der Stand der deutschen Luftschiffahrt zur Erörterung gestanden hat. In dieser Frage sei die Nichtentwaffnung Deutschlands nur von einer Macht beanstandet worden. Die weiteren Entwaffnungsbesprechungen mußten auf Sonnabend vertagt werden, angeblich weil das Gutachten des englischen Generalstabes zu dem letzten Kontrollbericht noch nicht dem Vorsitzenden der Botschafterkonferenz, Cambon, zugegangen war. In Wirklichkeit erfolgte die Vertagung wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich.

Furchtbares Eisenbahnunglück.

Bisher 25 Tote festgestellt / Ein Kommunistisches Attentat?

Schneidemühl, 1. Mai. Der D-Zug 4 Eydtkuhnen-Berlin ist heute morgen 1 Uhr im polnischen Korridor zwischen den Stationen Swaroschin und Pr.-Stargard auf freier Strecke entgleist, wobei die Lokomotive und mehrere Wagen den ziemlich steilen Abhang hinunterstürzten. Wie von Reisenden gemeldet wird, steht nur noch der Schlafwagen und ein Wagen 1. Klasse. Nach Angabe von Reisenden soll die Anzahl der Toten 30—40 betragen, die Zahl der Verwundeten wird vorläufig auf 40 geschätzt. An der Unglücksstelle macht der Bahnkörper eine große Kurve. Der Zug wird durch den Korridor von polnischen Beamten geführt. Mit Polen sind vorläufig alle Verbindungen unterbrochen, da die Leitungen durchgerissen sind.

Bericht eines Augenzeugen.

Ein mitfahrender Reisender, ein Oberingenieur aus Danzig, gibt folgenden Bericht über das Eisenbahnunglück: Ich saß in einem Abteil dritter Klasse. Kurz vor dem Einfahrtsignal vor Preußisch-Stargard, wo sich eine Böschung von sechs Meter Höhe befindet, spürte ich plötzlich einen kräftigen Ruck. Ich war in dem Glauben, daß die Lokomotive des D-Zuges auf einen Güterzug aufgefahren sei. Der Wagen, in dem ich mich befand, und der mit Personen voll besetzt war, geriet ins Schwanken und stürzte die sechs Meter hohe Böschung herab. Die übrigen Wagen standen wirr durcheinander in einer Neigung von 45 Grad. In einem zersplitterten Wagen waren verschiedene Personen eingeklemmt, die mittels Stahlsäge aus ihrer Lage befreit werden mußten. Im ersten Augenblick des furchtbaren Anpralls waren uns allen die Sinne geschwunden. Nachdem ich das Bewußtsein wiedererlangt hatte, schritt ich über sechs bis acht Tote hinweg und ging zur Lokomotive. Sie lag umgekehrt nach dem Böschungswinkel zu, die Räder nach oben. Bedauerlicherweise war drei Viertelstunden nach dem Unglück noch kein Rettungskommando zur Stelle. Es waren nur einige Fackeln vorhanden, die aber bald ausgebrannt waren. Die Unglücksstelle war in völliges Dunkel gehüllt. Wir fuhren mit einem polnischen Hilfszug nach Preußisch-Stargard und gelangten von dort mit dem Osterpreß nach Schneidemühl.

Ein verbrecherischer Anschlag.

Danzig, 1. Mai. 9 Uhr vormittags. Wie von einem soeben von der Unglücksstelle zwischen Swaroschin und Preußisch-Stargard zurückgekehrten Sonderberichterstatter gemeldet wird, sind von dem verunglückten D-Zug Eydtkuhnen—Berlin zwei Wagen dritter Klasse vollkommen zertrümmert. Die beiden Wagen waren stark überfüllt. Bis 8 Uhr morgens waren 24 Tote und 20 Schwerverletzte gezählt. Von den Verletzten sind zwei Drittel in das Dirschauer Krankenhaus und der andere Teil in das Stargarder Krankenhaus gebracht worden.

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist der Unglücksfall auf einen frevelhaften kommunistischen Anschlag zurückzuführen, indem an den Schienen die Muttern von den Bolzen gelöst und die Bolzen herausgezogen worden waren.

*

Wie die Pressestelle der Reichsbahngesellschaft mitteilt, liegt nach Meldung der Polnischen Staatsbahndirektion Danzig bei dem Unglück des D 4 ein verbrecherischer Anschlag vor. Die Zahl der Toten soll 25, die der Schwerverletzten 12 und die der Leichtverletzten 6 betragen.

Die Steuer- und Aufwertungsreform.

Reichsfinanzminister von Schlieben vor dem Reichstag.

In der Donnerstagsitzung des Reichstags nahm zu den neuen Steuer- und Aufwertungsvorlagen Reichsfinanzminister v. Schlieben das Wort. Er führte u. a. aus: Auf Jahre hinaus wird die Entwicklung der deutschen Staats- und Volkswirtschaft von der Gestaltung abhängig sein, die der Reichstag diesem Gesetzgebungswerk gibt. Die steuerliche Belastung soll in Uebereinstimmung gebracht werden mit den wirtschaftlichen Verhältnissen und mit der Finanzlage des Reiches.

Die in der Inflation verwischten Grenzen zwischen Reich, Staat und Gemeinden sollen wieder klar gezogen werden und allen Teilen Bewegungsfreiheit, Selbstverantwortung und Entwicklungsmöglichkeiten geben. Durch das Aufwertungsgesetz sollen, soweit es die Verhältnisse gestatten, die Forderungen der Billigkeit erfüllt, mindestens aber der soziale Gedanke berücksichtigt werden. Kein Gesetz und keine Regierung können die Lasten des Versailler Vertrages und der Inflationszeit beseitigen. Das Gesetzgebungswerk muß als einheitliches großes Ganzes betrachtet werden.

Der Finanzminister gab dann einen Ueberblick über

die Finanzlage des Reiches

und warnte vor einem übertriebenen Optimismus, wie er seit Monaten in der Presse des Inlandes und Auslandes in Erscheinung trete. Tatsächlich sind, so führte der Minister weiter aus, vom April 1924 bis März 1925 7312 Millionen Mark an Zöllen und Steuern aufgekommen. Es blieb schließlich ein Reinüberschuß von 1574 Millionen Mark. Dieser Ueberschuß ist verwendet worden teils zur Abdeckung dringender Schuldverpflichtungen, teils zur Rückstellung für noch bevorstehende einmalige, nicht vermeidbare Ausgaben. Auch das Reich kann finanziell nur wieder neu aufbauen, wenn es vorher seine aus der Vergangenheit herrührenden Verpflichtungen ablöst, soweit es dazu in der Lage ist. Da die Ueberschüsse aus 1924 restlos zurückgestellt werden müssen, ist nicht einmal ein bescheidener Betriebsmittelfonds vorhanden. Ohne einen solchen Fonds ist aber eine geordnete Verwaltung eines großen Staates auf die Dauer nicht möglich. Im Frieden betrug der Betriebsmittelfonds 600 Millionen Mark, heute müßte er eigentlich weit höher sein. Der Finanzminister behandelte dann den

Haushaltsanschlag für 1925.

und verwies auf die großen Ausgaben, die dem Reiche bevorstehen. Die Besitz- und Verkehrssteuern werden für 1925 rund 5 Milliarden Mark erbringen, die Zölle und Verbrauchssteuern 1,5 Milliarden, so daß sich insgesamt Einnahmen von rund 6,5 Milliarden ergeben. Nach Abzug der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden verbleibt dem Reich aus Steuern und Zöllen ein Nettobetrag von 4,2 Milliarden Mark. Rechnerisch ergibt sich bereits für 1925 ein nicht unerheblicher Fehlbetrag, zu dessen teilweiser Abdeckung eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer vorgeschlagen wird. Im Jahre 1926 beginnen die Reparationslasten mit 495 Millionen Mark, die sich im Jahre 1927 auf 675 Millionen Mark, 1928 auf 1230 Millionen und von 1929 ab auf 1540 Millionen Mark steigern. (Lebh. Hört, hört!) Es müsse auch bei günstiger Entwicklung der Einnahmen schon für 1926 mit einem Fehlbetrag gerechnet werden.

Für die Wirtschaft müssen alle Hemmungen beseitigt werden, die ihrer normalen Entwicklung entgegenstehen. Allein die Hebung der Produktion kann uns in den Stand setzen, die gewaltigen Lasten zu tragen, die uns die Reparationsverpflichtungen auferlegen. (Zustimmung.) Bei den neuen Steuergesetzen ist daher die freie Entwicklung der Wirtschaft gesichert worden.

Eine einheitliche Bewertung kann wieder eingeführt werden. Der Minister besprach dann die einzelnen Steuervorlagen und hielt an den Regierungsvorlagen fest. Dann führte er weiter aus:

Die Aufwertungsvorlagen

haben die Oeffentlichkeit bereits lebhaft beschäftigt. Es wird versucht, die Frage der Ablösung den öffentlichen Anleihen einheitlich, endgültig und in sozialem Geiste zu regeln. Aber auch dabei mußte die Finanzlage des Reiches und die Notwendigkeit zur Sparsamkeit berücksichtigt werden. Der Zwang dieser Lage hat zu der Unterscheidung zwischen Alt- und Neubesitz geführt. Die Reichsregierung hält an dem Gedanken fest, daß den wirklich Geschädigten etwas zuteil werden soll, nicht aber denen, die in der Inflationszeit unter Aufwendung geringer Mittel große Anleihebeträge in ihren Besitz gebracht haben. (Zustimmung.) Damit soll kein abfälliges Urteil über die getroffen werden, die in der Zeit der Geldentwertung Anleihen an sich gezogen haben. Auch sie hofften auf Besserung der Währung und trugen zur Stützung der Mark bei. Aus diesem Grunde soll ihnen auch der gleiche Kapitalbetrag in Reichsmarkanleihe zufließen wie den Altbesitzern. Aber auf eine besondere Entschädigung, wie sie den Altanleihebesitzern zugedacht ist, haben sie weder einen rechtlichen noch einen moralischen Anspruch.

Die Reichsregierung ist mit ihren Vorschlägen an die äußerste Grenze dessen gegangen, was für die öffentlichen Finanzen und die gesamte Volkswirtschaft erträglich ist. Die Gefahr einer neuen Inflation, die zurzeit in keiner Weise besteht, muß unter allen Umständen auch in späteren Zeiten vermieden werden. Ein Fehlbetrag im Haushalt beschwört alle Gefahren wieder herauf.

Dem einzelnen soll durch eine endgültige Regelung der Aufwertungsfrage eine wirtschaftliche Hilfe zuteil werden, die jedoch keinesfalls über den Rahmen hinausgehen darf, welchen unsere armgewordene Volksgemeinschaft ohne Gefährdung ihres Bestandes zu ertragen vermag. Die Beschlüsse des Reichstages sollen eine dauernde Grundlage schaffen zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes. (Beifall.)

Reichsjustizminister Frenken

erläuterte dann kurz die Rechtsgrundsätze, die für die Regierung beim Aufwertungsgesetz bestimmend gewesen sind. Die Aufwertungsfrage sei weder eine reine Rechts- noch eine reine Wirtschaftsfrage, sie sei auch eine soziale Frage und bei ihrer Lösung müsse das Streben nach höchster Gerechtigkeit verbunden werden, mit dem Gefühl der Verantwortung dafür, daß die Finanzen des Reiches nicht in unerträglicher Weise gefährdet werden. Der Minister ging dann auf die vom Reichsrat bei der Hypothekenaufwertung vorgeschlagenen Aenderungen ein und verteidigte ihnen gegenüber die ursprüngliche Regierungsvorlage. Eine Aufwertung der Industrieobligationen und der Bankguthaben erscheine der Reichsregierung finanziell nicht tragbar. — Die Beratung der Vorlagen wurde auf Montag vertagt, um den Abgeordneten vorher die Möglichkeit zum eingehenden Studium der Ministerrede zu bieten.

Dann kam zum Schluß der Sitzung der Etat des Reichswirtschaftsministeriums zur zweiten Beratung. Der sozialdemokratische Abgeordnete und frühere Wirtschaftsminister Robert Schmidt kritisierte die Politik des Kohlensyndikats, während der deutschnationale Dr. Lejeune-Jung eine Einschränkung der Einfuhr durch Schutz- und Ausgleichszölle forderte, um die bedenklich passive Handelsbilanz besser auszugleichen. Die Weiterberatung dieses Gegenstandes wurde auf Sonnabend 1 Uhr vertagt, Am 1. Mai findet keine Plenarsitzung statt.

Der Ruck nach rechts in Frankreich.

Wie das Pariser „Journal" meldet, wurde Millerand von den Rechtsparteien des Senats zum Kandidaten für den Anfang Mai vakant werdenden Posten des Vorsitzenden des Auswärtigen Senatsausschusses bestimmt. Der Zug nach rechts geht in der inneren Politik immer weiter. Bei den Senatswahlen in Lyon siegte der Kandidat der Rechten mit 240 Stimmen Mehrheit.

*

Man kann sich über den Ruck nach rechts in Frankreich ebensowenig wundern wie über die gleiche Bewegung in Deutschland. Sieht man doch fast in allen Ländern das gleiche: In Spanien die Rechtsdiktatur, in Italien die Rechtsdiktatur, in England die konservative Regierung; in Ungarn, in Jugoslawien, in der Tschechoslowakei, in Polen usw. überall dasselbe Bild. Auch der eigentliche Grund ist überall der gleiche: Die Erkenntnis, daß der Sozialismus und die Linksdemokratie letzten Endes jede staatliche Ordnung auflösen, die Anarchie und den Zusammenbruch der Wirtschaft bringen, außerdem dem großen Weltübel, der roten Gefahr, nicht den Widerstand entgegensetzen, den der Staatsbürger zur Sicherung seiner Existenz mit Recht fordert.

Aber es ist fraglich, ob der Ruck nach rechts andauern wird. Die Länder, die bisher keine Revolution gehabt haben, besonders England, Belgien und Frankreich, sind da in ungleich ungünstigerer Lage als Deutschland. Das deutsche Volk hat in sieben Jahren Revolutionsregierung wertvolle Erfahrungen gemacht: es weiß, daß Sozialistenherrschaft Inflation und damit Vernichtung der Wirtschaft und jeder Lebensfreude bringt, es weiß, daß selbst die unentwegten Anhänger des Sozialismus, wenn sie auch um ihrer Parteiämter willen weiter die alte Walze spielen müssen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250502011/fragment/page=0001

kein Vertrauen mehr in die Durchführbarkeit und die Vorteile der Sozialisierungsideen haben. In England und Frankreich ist das anders, und da keine Nation in solchen Dingen wirklich von der andern lernt, sondern jede voll Stolz ihre Dummheiten selber machen will, so ist damit zu rechnen, daß früher oder später in diesen Ländern die Rechtsrichtung noch einmal von einer ausgesprochenen Linksrichtung abgelöst wird. Ob dann Englands kompliziertes und mühsam zusammengehaltenes Weltreich und Frankreichs aller wirtschaftlicher Vernunft zuwider künstlich aufgebauschte Militärmacht den revolutionären Stoß aushalten, ist sehr zweifelhaft. Jedenfalls haben wir Deutschen einen Vorsprung von rund sieben Jahren. Ihn gilt es zu nützen, indem wir früher als die anderen Völker einen verständigen Ausgleich zwischen extrem rechts und extrem links finden, und die Stabilität unserer Währung und Wirtschaft trotz aller Gefahren wahren. Vor allem aber dadurch, daß wir die zerstörende internationale Tendenz des Sozialismus ins Positive umwandeln lernen: zu einem gesunden, alle Volkskreise in freudigem Aufwärtsstreben vereinenden Vaterlandsgefühl, das weiterzig genug ist, um nach außen die endgültige Beilegung der in dem engen europäischen Raum mit seiner Bevölkerungsdichtigkeit und Wirtschaftsverknüpfung nicht mehr zeitgemäßen und auf die Dauer für keinen der Beteiligten mehr tragbaren Gegensätze zwischen den großen europäischen Nationen zu erstreben unter Wahrung der Würde und der berechtigten Interessen aller Völker. Nicht nur innerhalb unseres Volkes, sondern auch innerhalb unseres Erdteils gilt gegenüber der bedrohlichen Entwickelung fremder Mächte der Satz: „Einigkeit macht stark".

„Zeit ist Geld", sagt der Amerikaner. Aber Zeit ist noch mehr: sie ist auch Macht. Wahren wir den Zeitvorsprung, den wir haben, so gewinnen wir Geld und Macht, gewinnen wir, auch ohne neuen Waffengang, lediglich durch innere Stärkung und Organisierung, durch Ueberflügelung der erst in die Desorganisation hinein kommenden anderen Großmächte den Platz und Lebensspielraum wieder, den unsere 65 Millionen Menschen zu menschenwürdiger Existenz haben müssen.

Neue Attentatspläne gegen König Boris von Bulgarien.

Nach einer Meldung der „Reichspost" aus Butarest sollen neue Attentatspläne gegen König Boris und seine Minister entdeckt worden sein. Die zahlreichen Verhaftungen haben, wie das Blatt meldet, zu dem Ergebnis geführt, daß sich die weitverzweigte Verschwörung überall im Lande Werkzeuge sowohl für die Ermordung der Mitglieder des Kabinettes Zankow als auch für die Beseitigung des Königs Boris geschaffen hat, mit dessen Entthronung allein sich die Verschwörer nicht begnügen zu wollen scheinen.

Die Polizei, namentlich die Militärpolizei, hat den Plan zu einem Bombenattentat im Gebäude des Ministerrates, das eines der schönsten von Sofia ist, und zu einem neuen Anschlag gegen den König Boris entdeckt. Einzelheiten werden derzeit noch verschwiegen; aber die Tatsache, daß man diese Anschläge durch kommunistisch gesinnte Beamte, reichlich bezahlte Diener und auch kleinere Beamte ermöglichen wollte, wird in Sofia an informierter Stelle zugegeben. Das Militärkommando und die Polizei sind sich dessen bewußt, daß sie noch sehr viel zu tun haben werden, um das Verschwörernest vollkommen zu vernichten.

Schlimme Aussichten in Preußen.

Kulturkampfdebatte / Deutschnationaler Mißtrauensantrag.

Die Verhältnisse in Preußen spitzen sich in der bedenklichsten Weise zu. In der gestern fortgesetzten Debatte über die Regierungsbildung erklärte der offizielle Redner des Zentrums Wildermann u. a.:

Wenn die Herren von den Rechtsparteien uns beweglich vorstellen, daß unser katholischer Glaube in Gefahr sei, so harmoniert sehr schlecht damit die überaus gehässige Art des Wahlkampfes dieser Parteien gegen das Zentrum, die mehr als einseitige konfessionelle Hetze, die dabei getrieben worden ist. Man hat sogar den unglaublichen Versuch gemacht, das Zentrum mit dem Papst in Gegensatz zu bringen. Alles Lüge und Schwindel!

Der Papst und die katholische Kirche haben wiederholt den Sozialismus wie den Protestantismus als Irrlehre bezeichnet. (Hört, hört! und große Aufregung rechts.) Von uns zweifelt kein Mensch daran. (Stürmische Entrüstung und andauernder betäubender Lärm rechts.)

Bei unserer politischen Zusammenarbeit bleibt die absolute Verschiedenheit der Weltanschauungen durchaus bestehen; das haben wir auch beim Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung klar ausgesprochen.

Abg. Dr. v. Richter (D. V. P.) erklärt, daß ihn die Ausführungen des Vorredners aufs tiefste verletzt hätten. (Sehr richtig! rechts.) **Man soll nicht noch den konfessionellen Streit hineintragen. Wenn Herr Wildermann so scharf spricht, dann braucht er sich nicht zu wundern, wenn sich andere Parteien verletzt fühlen. Das fördert eine Zusammenarbeit nicht.**

Der Schluß der Debatte erhielt durch das aggressive Vorgehen des Zentrumsabgeordneten durchaus den Charakter einer Art Kulturkampfdebatte, wenngleich die Rechte sich bemühte, ihr die Schärfe zu nehmen.

Inzwischen war folgender Antrag des Führers der Deutschnationalen, Winkler, eingegangen:

„Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium besitzt das nach Artikel 57 Abs. 1 der Verfassung zu seiner Amtsführung nötige Vertrauen nicht."

Die Entscheidung wurde durch Beschluß auf Freitag, den 8. Mai, vertagt.

In politischen Kreisen in Polen sind Gerüchte im Umlauf über die bevorstehende Abberufung Wojtoffs, des Warschauer Gesandten der Rätenunion. Als sein vermutlicher Nachfolger wird Joffe genannt. — Joffe in Warschau würde gleichbedeutend mit starker Zunahme der bolschewistischen Gefahr in Polen sein.

Die Alliierten für Gütertariferhöhung?

Die Londoner „Evening Times" melden aus Berlin: Die von der Reichsregierung abgelehnte Erhöhung der deutschen Gütertarife wird nach Ansicht führender Kreise des Verwaltungsrates doch nicht zu umgehen sein. Die Reichsbahngesellschaft verfügt über keine größeren Reserven, und die vom Reiche zugestandene zehnprozentige Erhöhung der Personentarife deckt kaum 45 Prozent des insgesamt 80 Millionen Mark betragenden Defizits der Eisenbahn.

— Sollte jetzt schon, wo der Dawesplan erst in seinen allerersten Anfängen ist, der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft, d. h. der fremdländische neue Herr über unser einstiges, im Londoner Abkommen dem Ausland untergeordnetes Reichseigentum von seiner Macht Gebrauch machen, um die aufwärtsstrebende und doch so mühselig ringende deutsche Volkswirtschaft nach den Wünschen der ausländischen Konkurrenz noch mehr zu drosseln?

Ein amerikanisches Kreditkontrollbureau in Wien.

Die Washingtoner Regierung beabsichtigt, wie bereits vor einiger Zeit kurz gemeldet, die Errichtung eines Handels- und Finanzkommissariats in Europa mit dem Sitze in Wien. Dieses Bureau wird die Aufgabe haben, einerseits die amerikanische Ausfuhr nach Europa zu fördern, andererseits aber auch ein europäisches Dumping (Preisunterbietung) gegenüber der amerikanischen Konkurrenz zu verhindern. Ueberdies hat das Kommissariat die Kreditgewährung an europäische Interessenten, sowie die Verwendung der Kredite zu überwachen. Zum Leiter des Kommissariates ist Harry Kellys ausersehen. — Man wird abwarten müssen, in welcher Art sich das neue Kommissariat betätigt. Unter Umständen kann es ein ganz gefährliches Instrument zur Unterdrückung der wirtschaftlichen Selbständigkeit Europas werden, zumal für Deutschland, das durch den Dawesplan schon sowieso bedenklich unter Vormundschaft gestellt ist.

Hindenburg verfassungstreu.

Ueber seinen Besuch beim Reichspräsidenten Hindenburg machte der Reichstagspräsident Loebe in der gestrigen Abendsitzung der Sozialdemokratie nähere Mitteilungen. Ihr Hauptinhalt war, daß Herr Loebe von der Unterredung den ganz bestimmten Eindruck erhalten hat, daß Präsident von Hindenburg sich streng auf den Boden der Verfassung stellt und keinerlei über die Verfassung hinausgehende Sonderbestrebungen mit seiner Person decken wird. Im Anschluß an diese Mitteilungen fand eine längere Aussprache innerhalb der Partei statt.

Wie Hindenburg seine Amtseinführung wünscht.

Der Minister des Innern Dr. Schiele ist gestern in Hannover eingetroffen. Er hatte nachmittags eine mehrstündige Unterredung mit Hindenburg, in der laut „Lokal-Anzeiger" die Einzelheiten für die Einführung des Reichspräsidenten in sein Amt festgelegt wurden. Dem genannten Blatt zufolge legte Hindenburg den größten Wert darauf, die Feierlichkeiten bei der Amtsübernahme so einfach wie möglich zu gestalten.

Der Feldmarschall betonte bei der Beratung der einzelnen Programmpunkte immer wieder, daß er keinerlei besondere Ehrungen für sich wünsche und daß vor allem der völlig unparteiische Charakter der Feier gewahrt werden müsse.

Das Programm der Feier werde etwa folgendes sein: Vor dem Reichstagsgebäude wird eine Reichswehrkompagnie beim Eintreffen des Reichspräsidenten die militärischen Ehrenbezeugungen erweisen. Auf besonderen Wunsch des Feldmarschalls wird hierzu die Traditionskompagnie des 3. Garderegiments zu Fuß bestimmt werden, bei der Hindenburg seine militärische Laufbahn begonnen hatte. Nach der Eidesleistung im Reichstag wird der Reichspräsident durch den Stellvertreter des Reichspräsidenten Dr. Simons begrüßt werden, worauf der Reichspräsident den Reichskanzler und die Mitglieder des Kabinetts empfangen wird. Für den nächsten Tag ist eine Reihe weiterer Empfänge vorgesehen.

Ueber den gestrigen Besuch des Staatssekretärs Dr. Meißner bei Hindenburg hört der „Lok.-Anz.", daß Hindenburg Dr. Meißner gebeten habe, sein Amt beizubehalten.

Graf Kanitz über die Volksernährung.

Fleisch- und Milchverbrauch.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärte der Landwirtschaftsminister Graf Kanitz u. a.: Im letzten Jahre hätte der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung 41 Kilogramm betragen, d. h. ebensoviel wie 1900; der Brotverbrauch sei gegenüber dem Vorkriegsstande zurückgegangen, dagegen der Kartoffelverbrauch gestiegen. Ebenso habe der Frischmilchverbrauch zugunsten des Kondensmilchverbrauches nachgelassen. Die Bevölkerung müßte aber wieder zur Verwendung von Frischmilch zurückgeführt werden. — Ein Regierungsvertreter teilte noch mit, daß die Einfuhr an Kondensmilch 1913 518 Doppelzentner, 1924 dagegen 121 000 Doppelzentner betragen habe.

Anträge zur Grundschulfrage.

Die Deutsche Volkspartei im Preußischen Landtag hat zu den Ausführungsbestimmungen zum Grundschulgesetz einen Antrag eingebracht, der dahin geht, leistungsfähigen Schülern und Schülerinnen die Möglichkeit zu geben, die Ziele der Grundschule in drei Jahren zu erreichen. Ein weiterer volksparteilicher Antrag wendet sich gegen die Antwort des Kultusministers auf eine kleine Anfrage, daß die Aufnahme von Schülern nach vierjährigem Grundschulbesuch in die Quinta dem Reichsschulgesetz widerspreche und nicht zuzulassen sei. Diese willkürliche Auslegung der Bestimmungen des Reichsschulgesetzes müsse sofort beseitigt werden.

Schließlich beschäftigt sich die Deutsche Volkspartei in einer kleinen Anfrage damit, warum trotz eines vom Landtage angenommenen Antrages die auf Wartegeld gesetzten Seminarlehrer noch immer nicht ihr volles Gehalt ausgezahlt bekommen. Das Staatsministerium wird aufgefordert, das Kultusministerium zu veranlassen, dem Beschluß des Landtages alsbald Folge zu geben.

*

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat auf Grund der unter dem 17. April 1925 erlassenen Ausführungsbestimmungen des Reichsgesetzes vom 3. April d. J. folgende „Große Anfrage" eingebracht:

Das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat zu dem Reichsgesetz vom 3. April 1925, betreffend Abkürzung des Lehrganges der Grundschule, unter dem 17. April Ausführungsbestimmungen erlassen, die in ihrer Wirkung darauf hinauskommen, daß die Abkürzung der Grundschule möglichst erschwert und zu einer ganz seltenen Ausnahme gemacht wird.

Das ist nicht der Sinn des Reichsgesetzes vom 3. April und wird weder dem Begabtenproblem noch der wirtschaftlichen Notlage zahlreicher Eltern gerecht.

Ist das Staatsministerium bereit, eine anderweitige Regelung entsprechend den zum Beispiel in Bayern, Württemberg, Hessen und anderen Ländern erlassenen Bestimmungen mit Wirkung noch für dieses Schuljahr zu treffen?

Welche Stellung nimmt ferner das Staatsministerium ein zu dem Urteil des Reichsgerichts vom 3. Juli 1923 (veröffentlicht in Heft 4 der Preußischen Wochenschrift vom 15. Februar 1925 S. 360 flg.), demzufolge das ganze Reichsschulgesetz zu seiner Rechtskraft erst noch einer ausführenden Gesetzgebung der Länder bedarf, daß somit ein gesetzlicher Zwang zum vierjährigen Grundschulbesuch in Preußen gar nicht vorhanden ist.

Dem Reichstage ist zur Denkschrift über den Personalabbau eine zweite Ergänzung zugegangen, in der ein Ueberblick über den gesamten Personalabbau in der Zeit vom 2. Oktober 1923 bis zum 31. Dezember 1924 gegeben wird. Danach sind insgesamt 144 198 Beamte, Angestellte und Arbeiter abgebaut worden. Der Reinabbau beträgt somit nach dem Stande vom 1. Oktober 1923 insgesamt 24½ Proz. Auf die Beamten entfallen 13,3 Proz. Von den Angestellten sind 68,7 Proz. und von den Arbeitern 38½ Proz. abgebaut worden.

Eine deutsche Ruhmeshalle.

Von **Ewald Beckmann-München.**

Das Deutsche Museum in München wird in den Tagen vom 5. bis 7. Mai in dem gewaltigen Neubau aus Eisenbeton auf einer Insel inmitten der grünen Isar feierlich eröffnet worden.

Wenn wir in der Chronik des Deutschen Museums blättern, lesen wir, daß am 5. Mai 1903 der Baurat Oscar v. Miller einem kleinen Kreise von Gelehrten und Technikern, von Vertretern staatlicher und städtischer Behörden den Plan der Gründung eines Museums von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik vorlegte. Das zu errichtende Museum sollte umfassen eine lebendige Geschichte des Forschungs- und Erfindungsgeistes aller Zeiten und Länder, in welcher der Einfluß der wissenschaftlichen Forschung auf die Technik zu allseitiger Darstellung gelangt, eine Ruhmeshalle der Männer, deren Gedanken und Taten der heutigen Zivilisation so viel von ihrem besonderen Gepräge gegeben haben, eine Quelle historischer Erkenntnis für den Gelehrten, eine Fundstätte fruchtbarer Ideen für den Techniker, Vorbild und Ansporn für das ganze Volk! So der Plan.

Die einmütige Zustimmung, die er im Kreise der Geladenen fand, ließ ihn als durchführbar erscheinen und wert, die ganze Kraft daranzusetzen. Es war Georg Krauß, der Altmeister des Lokomotivbaues, der als der erste das Vertrauen in die Sache durch die Tat bezeugte. Seine Stiftung vom 3. Juni 1903 von 100 000 Mark bildet den Grundstock des Vermögens des Museums. Der Verein Deutscher Ingenieure, dessen Wirksamkeit das ganze Reich umfaßt, sollte bei seiner Münchener Tagung dem jungen Unternehmen Pate stehen; Prinz Ludwig erklärte sich bereit, das Protektorat des zu errichtenden Museums zu übernehmen. Am 28. Juni 1903 erfolgte im Festsaal der Königlichen Akademie der Wissenschaften in München die Gründung des Museums. Und nun begann das Werk.

Es schritt mächtig vorwärts. Am 13. November 1906, zugleich am Tage der Eröffnung des provisorischen Museums, haben der Prinzregent Luitpold von Bayern und sein Gast, Kaiser Wilhelm II., im Beisein der Kaiserin und des damaligen Prinzen Ludwig unter Teilnahme berufener Männer aus allen Gauen des Reiches den Grundstein gelegt, über dem in wenigen Jahren der stolze Bau des Deutschen Museums sich erheben sollte.

Während des Weltkrieges mußten die Arbeiten natürlich ruhen; erst 1921 konnten sie wieder aufgenommen werden. Nun, nach einem weiteren Halbjahrzehnt, wird der Geheime Baurat Exz. Dr. Oscar v. Miller vom 5. bis 7. Mai im Kreise seiner Getreuen und wiederum in Anwesenheit des Paten des Deutschen Museums, des Vereins Deutscher Ingenieure, seine großen Ehrentage haben. Und es werden Ehrentage sein für das gesamte schaffende Deutschland, besonders für das deutsche Handwerk. Die deutschen Gewerbedisziplinen haben ihre Ruhmeshalle. Industrie und Technik gehen in ihren Anfängen immer wieder auf die Handwerkskunst zurück.

Nach Ansicht der Weisen des Altertums ist den vier Elementen: Feuer, Wasser, Luft und Erde alles Werden und Geschehen entsprungen. Aber die Sonne ist der Urquell aller Kraft. Diese Erkenntnis finden wir auch in dem Kolossalwandgemälde in dem großen Saale der Kraftmaschinen versinnbildlicht. Das Museum beginnt mit der modellmäßigen Erläuterung der allmählichen menschlichen Erkenntnis von der Entwicklung und Beschaffenheit der Erdkruste. Die Sammlung führt uns durch naturgetreue, nach den bekannten Gruben genau nachgebildete Kohlen- und Erz- und Salzbergwerke, wir sehen die Häuer an der Arbeit und setzen die Betriebseinrichtungen in Gang, bilden unser Wissen an Wasserrad und Fahrkunst, verfolgen die Metallgewinnung, das Eisenhüttenwesen, die Metallbearbeitung.

Der Riesensaal der Kraftmaschinen wirkt überwältigend. Der geschichtlichen Bedeutung des Museums sollen vor allen Dingen historisch bedeutsame Original-Apparate und -Maschinen dienen, Erstlingsentwürfe, Skizzen und Berechnungen, Aufzeichnungen erster Versuchsreihen, deren Durchführung eine neue Erkenntnis des inneren Zusammenhanges von Erscheinungen mit sich gebracht hat. Hier ist die stufenweise Entwicklung und Verwirklichung eines grundlegenden Gedankens von Schritt zu Schritt dem Beschauer nahe zu bringen, dort die Tragweite einer Idee in ihren befruchtenden Wirkungen zu verfolgen, hier der ideelle Erfolg errungener Erkenntnis, dort die materielle und wirtschaftliche Bedeutung gewonnener Erfahrung darzulegen.

Das Verkehrswesen von den einfachsten ältesten Schuhen über Schlitten, Wagen, Fahrrädern, Motorwagen bis zu den modernsten Dampf- und elektrischen Schnellzugslokomotiven. Straßen-, Wasser-, Tunnel- und Brückenbau, Schiffbau, Luftschiffahrt. Diese ein einziges Zeugnis deutschen Erfindergeistes.

Mathematik, Mechanik, Wellenlehre, Wärmelehre, Gas und Elektrizität, Telegraphie, Telephonie mit und ohne Draht, Optik, Akustik, Musik, Chemie, organische und anorganische Industrie, Nahrungsmittel, Heilmittel, Textilindustrie, Papierindustrie, Drucktechnik, Landwirtschaft, Mühlenbau, Molkerei, Brauerei und Brennerei und schließlich Astronomie und Astrologie. Hier werden die Weltsysteme in gewaltigen Ausmaßen vorgeführt. Der 65 Meter hohe viereckige Turm des Museums zeigt vier Riesenzifferblätter: ein Barometer, ein Thermometer, einen Windmesser und ein Hygrometer, Feuchtigkeitsmesser. Der gewaltige Bau nach den Plänen von Gabril von Seidl bedeckt 12 000 Quadratmeter Bodenfläche, weist 40 000 Quadratmeter Ausstellungsräume auf, und der Weg durch alle Abteilungen beträgt 14 Kilometer.

Das Deutsche Museum wird von Weltbedeutung sein. Dem deutschen Volk zur Ehre und zum Vorbild.

Deutscher Geographentag Breslau 1925. Der Deutsche Geographentag, der bereits im Jahre 1923 stattfinden sollte und wegen der ungünstigen Lage verschoben wurde, ist jetzt für den 2. bis 4. Juni in Breslau festgesetzt. Eine landeskundliche Ausstellung und eine vergleichende Ausstellung geographischer Anschauungsmittel sowie eine Anzahl wissenschaftlicher Ausflüge sollen dazu dienen, das Verständnis für Schlesiens Eigenart und die Bedeutung der Ostmark zu vertiefen.

Musikwissenschaftliche Fachausstellung in Leipzig. Mit dem Internationalen Musikwissenschaftlichen Kongreß, der vom 4. bis 8. Juni in Leipzig stattfindet, und dem anschließenden Deutschen Händelfest soll eine große Musikwissenschaftliche Fachausstellung verbunden werden. Sie wird eine Schau musikhistorischer handschriftlicher Schätze aus öffentlichem und Privatbesitz und eine Fachausstellung musikwissenschaftlicher Verlagswerke umfassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250502011/fragment/page=0002